

TOBIAS ENDLER

GAME OVER

Warum es den Westen
nicht mehr gibt

Tobias Endler

Game Over

Warum es den Westen nicht mehr gibt

orell füssli
verlag

Orell Füssli Verlag, www.ofv.ch
© 2020 Orell Füssli AG, Zürich
Alle Rechte vorbehalten

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt. Dadurch begründete Rechte, insbesondere der Übersetzung, des Nachdrucks, des Vortrags, der Entnahme von Abbildungen und Tabellen, der Funksendung, der Mikroverfilmung oder der Vervielfältigung auf andern Wegen und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten. Vervielfältigungen des Werkes oder von Teilen des Werkes sind auch im Einzelfall nur in den Grenzen der gesetzlichen Bestimmungen des Urheberrechtsgesetzes in der jeweils geltenden Fassung zulässig. Sie sind grundsätzlich vergütungspflichtig.

Umschlaggestaltung: Hauptmann & Kompanie Werbeagentur, Zürich, unter Verwendung eines Fotos von © Daniel Pilar/laif

ISBN 978-3-280-05727-8
eISBN 978-3-280-09107-4

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter www.dnb.de abrufbar.

Inhalt

Die Welt, ein Spiel

Wie Amerika sich neu sortiert - und warum das für uns wichtig ist

Gewinnen um jeden Preis

Warum es den Westen nicht mehr gibt

Amerikas neues Portfolio - und die Folgen

Rückzug der Supermacht

Eine Welt ohne Amerika und mit Amerika

»Kann man das reparieren?«

Die ewige Mär vom Untergang

Game Over für den Westen

Ein neues Spiel

Disneyland Amerika

Weshalb Nostalgie gefährlich ist - und wer sie ausnutzt

Ein Leben in Disneyland

Parallelwelten

Make America Great Again

Disneyland-Demokratie

Der große Sog der Nostalgie

Die Achillesferse des Westens

Populismus: Der Fluch unserer Zeit

Populismus Made in USA

Was heißt es, Amerikaner zu sein?

America First

Rassismus: Das hässliche Gesicht der Nation

Zwischen Wahrnehmung und Wirklichkeit

Ein Kampf gegen Windmühlen?

Der Kanarienvogel in der Goldmine

Wasserscheide

Alte und neue Medien, politische Institutionen, und die Demokratien des Westens

Der Überlebenskampf der Altehrwürdigen

Von wegen ausgewogen: Talk Radio

Fox News: Trump TV

Die Sinclair Broadcast Group: Ein Riese, als Zwerg verkleidet

Big Business: Nachrichten als Geschäft

Der Kampf um das knappste Gut von allen

Umso lauter, umso besser: Aufmerksamkeit um jeden Preis

Am Nasenring durch die Manege

Die umfassende Macht der Sozialen Medien

Ein Referenzpunkt für alle und alles

»Was, zur Hölle, ist Wasser?«

Der Rabbit Hole Effect der sozialen Medien

Leben in der Matrix

Hillary und der »Korb der Bedauernswerten«

Zustimmung vom Band?

Buridans Esel: Die Malaise der politischen Institutionen

»Daten sind das neue Öl«: Die Macht der Tech-Giganten

Aus der Zeit gefallen: Wahlen und Repräsentation in den USA

Sollbruchstellen: Wie sich eine westliche Demokratie selbst destabilisiert

Der Imperator und der tiefe Staat

»Immerwährende Wachsamkeit«: Amerika auf dem Weg zur Autokratie?

Zwischenbemerkung

Labore hinter verschlossenen Türen

Der Trend zur Abschottung und das verlorene Potenzial der Innenpolitik

Zukunft der Nation: Die Labore Kalifornien und Texas

Zwischen Maßanfertigung und Massenware: Innenpolitik im Zeichen unserer Zeit

Kampf ums Gleichgewicht: Staat und Markt

Magie der Mittelschicht

Das härteste aller Rennen

Washington, Tübingen, Bangkok: Ökonomischer

Nationalismus und das Recht des Stärkeren

Zwischen Jackpot und Trostpreis

Die amerikanische Erfolgsformel »wenig Aufwand, viel Einfluss« - und warum sie für Europa (bisher) nicht gilt

Ein ungetrübter Blick auf die Welt?

Die erste Geige

Auf der Suche nach der großen Linie

Mortons Gabel: Europas Wahl zwischen schlechten Möglichkeiten?

Der Adler und der Drache

Jackpot: Zum Verhältnis von Aufwand und Ertrag in der Sicherheits- und Handelspolitik

Raum gewinnen: Sicherheitspolitik à la USA

Raum absichern: Handelspolitik à la USA

Die Chance des Neubeginns

Neues Spiel, neues Glück

**Eine Grand Strategy für Europa, und unser
Neuanfang in der postamerikanischen Welt**

Das magische Auge: Ein neuer Blick auf das Europa
unserer Zeit

Das »EU+«-Trapez

»EU+«: Europas modernes Gesicht nach dem Ende des
Westens

Eine Grand Strategy für Europa

Fünf goldene Linien für Europas Wirken in der Welt

Think Big!

Wagemut in der Welt von morgen

Weiterführende Lektüre

*»Der Lauf der Geschichte ist nicht vorhersehbar,
er ist so unregelmäßig wie das Wetter,
so wechselhaft wie Empfindungen.«*
- Jill Lepore, Diese Wahrheiten

»Keep on rockin' in the free world.«
- Neil Young

Die Welt, ein Spiel

Wie Amerika sich neu sortiert - und warum das für uns wichtig ist

»Liberty, justice, democracy, tolerance, equality ... All nations whose people and government are set up in the service of this ideal are connected by it. But in reality, each nation achieves quite often a quite different version of that ideal.«
- **Anne-Marie Slaughter**

Donald Trump ist ein großartiger Golfspieler. Sagt Donald Trump. Genauer: »Der beste Golfspieler unter allen Reichen auf dieser Welt.« Diese Spielklasse hat der 45. Präsident der USA selbst definiert. Kein Problem für jemanden, der etwa auch alleine absolvierte Spielrunden auf seinen Golfplätzen als Clubmeisterschaften in den Annalen verbuchen lässt. »Wenn ich Golf spiele, gewinne ich.« Auch diese Aussage bekommen Politiker, Journalisten und Geschäftspartner häufiger zu hören, gleich, ob Trump auf dem Grün oder im Rosengarten des Weißen Hauses vor Mikrofonen steht. Was nach Koketterie und Großspurigkeit klingt, ist genau das. Und viel mehr.

Im Juli 2014 bestreitet Tiger Woods eine Partie mit Trump. Die tropische Schwüle Floridas um diese Jahreszeit ist berüchtigt. Als beide nach dem Spiel verschwitzt vor die Kameras treten, stellt Trump zunächst klar, dass seine

Haare ob der klimatischen Bedingungen zwar in Mitleidenschaft gezogen, jedoch zweifelsfrei echt seien. Woods, ebenso sehr Öffentlichkeits- wie Golfprofi, wahrt die Fassung und bescheinigt seinem Gegenüber ein passables Niveau. Ein knappes Jahr später verkündet Trump, der nicht nur beim Golf nach eigener Einschätzung immer gewinnt, seine Kandidatur um das höchste Amt im Staat. Weitere anderthalb Jahre später erhält er 63 Millionen Stimmen und findet sich entgegen aller Prognosen im Zentrum der Macht wieder. Als der Hausherr an jenem stickig-warmen Sommertag vor versammelter Presse seine Raffinesse und seine Risikobereitschaft lobt, und zwar im Spiel wie im Leben, hält niemand außer ihm selbst einen solchen Sieg für möglich.

Gewinnen um jeden Preis

Donald Trump hatte schon zu Zeiten als New Yorker Geschäftsmann einen zwielichtigen Ruf. Es ist ein offenes Geheimnis in der Immobilienbranche der größten Stadt Amerikas, dass der günstigste Beton von der Mafia geliefert wird. Trotzdem ist dem »Concrete Club« naturgemäß daran gelegen, möglichst diskret zu agieren. Ganz anders Trump. Der junge Unternehmer rühmt sich schon 1983 bei der Eröffnung des Trump Tower auf der 5th Avenue, ungleich billiger zu bauen als die Konkurrenz. Es bleibt genug Geld über, um den eigenen Namen in Gold am Gebäude anbringen zu lassen - ein Gebäude, das laut Trump 68 Stockwerke hat. Schon bald fliegt der Schwindel auf: Der Besitzer hat 10 Etagen hinzugedichtet. Er sieht darin keinerlei Problem, schließlich wolle in New York, wo Status alles ist, jeder möglichst hoch hinaus. Der Erfolg

gibt ihm Recht, schnell übersteigt die Zahl der Mietanfragen die der Wohnungen im Turm. Trump wird diese Skrupellosigkeit beibehalten und über dreißig Jahre später in die Politik mitnehmen.

Inzwischen gibt er sich keine Mühe mehr, seine Absichten zu verhehlen, im Gegenteil. An einem kühlen Januartag 2017 hält der neue Präsident der USA seine Antrittsrede. Nach nicht einmal zehn Minuten - Trump ist bereits heiser - fällt der entscheidende Satz: »From this day forward, it's going to be only America first. America first.« »Ab dem heutigen Tag gilt nur noch eines: Amerika zuerst. Amerika zuerst.«

Mit diesem schlichten Satz spricht Trump vielen seiner Landsleute aus der Seele. Mindestens so vielen ist diese Einstellung zutiefst suspekt. Nicht alle würden es wohl so direkt ausdrücken wie einer von Trumps Vorgängern im Amt, der ebenfalls im Publikum sitzt. George W. Bush bezeichnet die Rede des frisch Vereidigten später in texanischer Direktheit als *weird shit*, merkwürdigen Scheiß. Doch ist die Welt seit Bushs Zeiten eine andere geworden. Bush 43, ein Erzkonservativer mit ausgeprägtem Sendungsbewusstsein, hatte in Zentraleuropa wahrlich keinen guten Ruf: Zuerst der nicht zuletzt durch eine Lüge vor den Vereinten Nationen gerechtfertigte Krieg gegen den Irak. Dann die Arroganz gegenüber »old Europe«, das nicht mitziehen wollte. »Das alte Europa« wird 2003 Deutschlands Wort des Jahres, Zeichen dafür, dass die amerikanische Hybris hierzulande allergische Reaktionen hervorruft. Vielen erscheint allerdings bald zwei Jahrzehnte später eine Allergie im Vergleich zur handfesten Verkühlung, die derzeit die transatlantischen Beziehungen im Griff hat, vergleichsweise erträglich. Man wünscht sich angesichts Nr. 45 die alten Haudegen vom Schlage Bushs, John

McCains und Madeleine Albrights zurück. Es wird beim Wunsch bleiben.

Warum es den Westen nicht mehr gibt

Als ich am Tag nach Trumps Wahlsieg meinen Mietwagen am Flughafen von Charlotte, North Carolina, in Empfang nehme, entschuldigt sich die Mitarbeiterin hinter dem Schalter bei mir, sobald ich meinen Führerschein vorlege. Ihr sei bewusst, wie Europa auf ihr Land schauen müsse, ein Land, das einen solchen Blender ins höchste Amt gewählt habe. Ich kann ihr nicht widersprechen. Dabei ist mir wiederum bewusst, dass mehr Menschen gegen Trump als für ihn gestimmt haben. Schlimmstenfalls sehen wir beide zu diesem Zeitpunkt acht Jahren seiner Regentschaft entgegen. Und wissen doch: Auf den 45. Präsidenten der USA wird der 46. folgen. Dennoch bietet diese Aussicht überzeugten Transatlantikern wenig Trost. Amerika, die dominante Nation der westlichen Hemisphäre, sortiert sich neu, und wir alle bekommen die Folgen zu spüren. Der »Westen«, wie wir ihn kennen, ihn zu kennen glaubten, kommt an ein Ende. Donald Trump ist ein Stein auf diesem Weg, doch der Weg führt nur in eine Richtung. Das altvertraute Spiel ist vorbei: Game Over. Das hat drei Gründe:

Erstens wendet sich mit Amerika eine der beiden tragenden Säulen ab, damit trägt das Dach des »Westens« nicht mehr. Die Statik ist dahin, zunächst unabhängig davon, ob die zweite tragende Säule, Europa, weiterhin besteht. Dies ist auf Dauer fraglich, denn auch auf unserer

Seite des Atlantiks ist eine zunehmende Entfremdung von der alten Idee des »Westens« zu spüren. Doch sind die Amerikaner zuerst in Aktion getreten, sind wir zunächst zur Rolle des Reagierenden verdammt. Hierin liegt umgekehrt der Vorteil, dortige Entwicklungen aus sicherer Distanz beobachten und unsere Schlüsse hieraus ziehen zu können, wie wir sehen werden.

Zweitens ist schon seit längerem der Kommunikationsfaden der transatlantischen Allianz abgerissen. Die Abwendung Amerikas vom Westen ist nicht ursächlich hierin begründet; sie ist global motiviert. Allerdings sorgt die Unterbrechung der Verbindung im Außenpolitischen wie Innenpolitischen dafür, dass die innere Stabilität des Westens leidet. Das wiederum beeinflusst den Handlungsrahmen und die Wirkmacht aller beteiligten Länder. Aus US-Sicht ein Argument mehr, Außenpolitik ohne Absprache und zunehmend ohne Rücksicht auf Europa zu betreiben. Im Innenpolitischen konzentriert man sich zunehmend auf das Eigene, anstelle den Westen als transatlantisches Labor zur Entwicklung und Erprobung von Gesellschafts- und Wirtschaftsmodellen zu begreifen, die sich gegenseitig befruchten und aufeinander aufbauen.

Drittens sind die Grundfesten des Westens, auf denen beide Säulen stehen, von innen ausgehöhlt. Mehr als alles andere bemisst sich eine vitale Demokratie an der Möglichkeit, streiten zu können. Sich über die eigenen Werte und Leitvorstellungen austauschen und diese gegen undemokratische Umtriebe im Inneren und Bedrohungen von außen verteidigen zu können. Miteinander und gegeneinander – aber nicht nebeneinander – in einem permanenten öffentlichen Meinungsbildungsprozess engagiert zu bleiben. Doch hat sich unsere medial vermittelte Öffentlichkeit seit der Jahrtausendwende

fundamental verändert. Gleichzeitig haben die politischen Institutionen Schwierigkeiten, die Verständigung unserer Demokratie über sich selbst angemessen zu rahmen und zu repräsentieren.

Die Tatsache, dass es den Westen nicht mehr gibt und sowohl Amerika als auch Europa davon betroffen sind, bedeutet nicht, dass beide in der gleichen Weise betroffen sind. Die Vereinigten Staaten können sich aufgrund der eigenen Größe, einer spezifischen Dynamik und der damit verbundenen Einflussmöglichkeiten den Rückzug aus dem »Westen« auf absehbare Zeit leisten. Ob sich das neue Rollenverständnis mittelfristig als Gewinn herausstellt, ist eine andere Frage. Die Europäische Union und speziell Zentraleuropa hingegen müssen sich zunächst in der neuen Rolle zurechtfinden, um die sie sich nicht beworben hatten. Dass sich vor den Augen der Welt im 21. Jahrhundert ein Stück abspielt, in dem niemand Regie führt, beinhaltet für Europa und speziell Deutschland allerdings die große Chance, die zugeteilte Rolle nach eigenen Maßstäben zu interpretieren - oder gegen einen völlig neuen Part einzutauschen. Hierzu mehr am Ende dieses Buches.

Amerikas neues Portfolio - und die Folgen

Viele Amerikaner pflegen lebenslange Freundschaften mit Deutschen, Schweizern oder Polen. Noch mehr Amerikaner sind sich ihrer irischen und/oder italienischen Wurzeln sehr bewusst. Wer etwas auf sich hält, geht in Chur Skifahren und mindestens einmal im Leben aufs Oktoberfest in München, auch ohne jemals diese Städtenamen aussprechen zu können.

Die gleichen Menschen empfinden jedoch eine allzu enge transatlantische Verzahnung auf politischer bzw. wirtschaftlicher Ebene als zunehmend kostspielige Investition, die sich für ihr Land schlicht nicht auszahlt. Insofern liegt der Businessman Trump mit seinem Kassensturz bezüglich der internationalen Beziehungen Amerikas durchaus auf Linie mit einem nicht unerheblichen Teil der Bevölkerung. Es ist in jedem Fall der lautere Teil. Trumps Unterstützer reklamieren die Meinungshoheit für sich (was rechnerisch nicht stimmt). Zur Wahrheit gehört aber auch: Die Trumpianer sind ohnehin an seiner Seite, gerade in innenpolitischen Fragen. Doch was die Notwendigkeit einer grundsätzlichen Neuorientierung Amerikas auf dem Globus betrifft, stimmen ihm im Grunde auch seine Kritiker zu. Der Stil des Präsidenten ruft bei ihnen Ablehnung hervor. Sein Ansinnen, die von den USA so empfundenen Handicaps in der internationalen Arena loszuwerden, wird unterstützt, wenn auch oftmals hinter vorgehaltener Hand. Aus Sicht der USA ist gerade der transatlantische Raum, sprich: die Verbindung zu Europa, allzu oft schlicht ein Handicap. Mühseliger Verhandlungspartner, schwerfälliger Alliierter, undankbarer Freund, Trittbrettfahrer. Diese Charakterisierungen sind nicht nur in Washington, und längst nicht nur im konservativen Lager, immer häufiger zu hören. Die komplizierte Entscheidungsstruktur der Europäischen Union trägt nicht zur Vertrauensbildung bei.

Kommt die Sprache auf das Militärische, wird diese Einschätzung noch deutlich entschiedener. Drei kurze Beispiele aus jüngster Zeit: Der Ukraine-Konflikt wird von den Amerikanern als europäisches Problem wahrgenommen, das sie sich quasi über die transatlantischen Beziehungen mit eingekauft haben. Viele Angehörige der US Army stammen aus dem Mittleren

Westen, dem Herzen der USA. Von North Dakota oder Indiana aus gesehen liegt schon die Hauptstadt Washington auf einem anderen Planeten. Der dort residierende Präsident ist qua Amt auch Oberbefehlshaber der Streitkräfte. Er muss daher den Eltern in Bismarck, North Dakota, oder Berne, Indiana (einst von Schweizer Mennoniten gegründet), erklären, warum ihre Söhne und Töchter das ukrainische Donezbecken am anderen Ende der Welt gegen russische Aggressoren verteidigen und dabei ihr Leben riskieren sollten. Trumpianer wollen davon nichts wissen. Daran ändert auch der nüchtern-zurückhaltend formulierte Nordatlantikvertrag nichts. Im Gründungsdokument der NATO ist von der gemeinsamen Arbeit an »freundschaftlichen internationalen Beziehungen« die Rede. Die Ukraine ist nicht einmal Mitglied der NATO, wenn sie auch seit 2018 Beitrittskandidatenstatus hat. Polen, Estland oder Litauen hingegen sind vollwertige Mitglieder. Sie beobachten sehr genau, was ihre Mitgliedschaft im Fall der Fälle eigentlich noch wert wäre.

Der Syrienkrieg sieht von der anderen Seite des Atlantiks so aus: Amerikas plötzlicher Rückzug im Herbst 2019 wurde nicht mit den Verbündeten in der Region, den Kurden, abgesprochen. Für diese geht es ab sofort um die Existenz. Ein solches Vorgehen entspricht nicht dem Selbstverständnis der alten Garde amerikanischer Außenpolitiker wie McCain, Albright, John Kerry oder auch Bush Vater und Sohn. Doch erstens ist diese Garde bereits abgetreten und zweitens sind ihre Maximen die USA in Afghanistan, Irak oder Libyen teuer zu stehen gekommen. Hier wurde sehr viel investiert und bis heute praktisch nichts erreicht. Warum also weiter dieser Linie folgen? Mit ihrem Abtritt bringen sich die US-Truppen hingegen aus

der Schusslinie und in Sicherheit. Die Nachteile hieraus sind überschaubar. Syrien hat praktisch keine Ölvorkommen oder andere Ressourcen, die aus Profitgründen schützenswert wären. Ja, im Chaos des Rückzugs und der Truppenverlagerungen sind viele IS-Kämpfer aus den Gefangenenlagern entkommen. Doch wie viele hiervon werden es über den Atlantik und bis nach Ohio oder Wisconsin schaffen? Gleichzeitig haben Trumps Unterhändler einen zeitweiligen Waffenstillstand für die Region erreicht, an den sich die Türkei, die Kurden und Syrer gehalten haben. Die Androhung massiver Sanktionen, ohne Rücksicht auf die NATO-Mitgliedschaft der Türkei, hat Gewicht. Nur drei Wochen später schaltet ein kleines Team amerikanischer Spezialkräfte den Kopf des Islamischen Staats, Abu Bakr al-Baghdadi, aus. Dieser Verlust wird den IS härter treffen als die Tötung bin Ladens unter Obamas Regie.

Der ferne Nachbar USA hat wieder einmal ein Problem vor Europas Haustüre gelöst, nachdem sich die Hausbesitzer dazu einfach nicht durchringen konnten. Noch dazu, bevor sich dieses Problem über das gesamte Wohnviertel ausbreiten konnte. So die Lesart vieler Amerikaner. Diese Einschätzung - ähnlich der Bewertung der Lage in der Ukraine - mag zum Teil auf der sprichwörtlichen geografischen und vor allem auch geopolitischen Ignoranz vieler Amerikaner beruhen. Sie wird zurecht auch längst nicht von allen geteilt. Schließlich hat die amerikanische Außenpolitik durchaus Anteil an der brisanten Situation im Nahen Osten. Doch für uns Europäer wichtiger als die Grundlage solcher Bewertungen soll für den Moment die Konsequenz hieraus sein. Um im Bild zu bleiben: Die USA beanspruchen für sich die Platzhoheit auf der globalen Spielanlage. Bis zum heutigen Tag nicht von ungefähr, wie ich in *Game Over* zeigen

werde. Daraus ergibt sich eine bestimmte Lesart der Lage – etwa eben mit Bezug auf die Ukraine oder Syrien. Nahtlos fügt sich hier die Ausschaltung des iranischen Militärs Qasem Soleimani im Januar 2020 ins Bild. In diesem Fall hatte aus US-Sicht das Problem längst das »Wohnviertel« Naher Osten erfasst. Höchste Zeit zu handeln also, denn Soleimani war als Kommandeur der Quds-Brigaden dafür verantwortlich, Irans Einfluss in der Region noch zu vergrößern. Im Unterschied zu Syrien verfügt Irans Nachbar Irak über gewaltige Ölvorkommen. Trotz ihrem offenkundigen Interesse daran hatten sich die Amerikaner lange Zeit darauf beschränkt, die iranischen Aktivitäten im Irak einzudämmen. Das ändert sich mit der Belagerung der US-Botschaft Bagdad durch schiitische Milizen. Zwei Tage später stellt die US-Regierung mit größtmöglicher Härte die Platzhoheit Amerikas wieder her. Offiziell dient die Tötung Soleimanis der Abwendung einer unmittelbar bevorstehenden Gefahr. Dieser Einstufung folgen viele Amerikaner, wohlweislich nicht nur Trump-Anhänger. Auch hier regiert eine große Unkenntnis, manchmal auch unverblümete Negierung der historischen Hintergründe. Zu gut klingt die Geschichte, die man sich selbst erzählt.

Gleichzeitig ist wie so oft auch in diesem Fall ein Bruchstück Wahrheit enthalten. Im Trumpschen Kosmos nimmt es allerdings überproportionalen Raum ein. Die perfide Strategie seines Lagers besteht darin, das Bruchstück so darzustellen, als mache es das Gefäß als Ganzes aus. In diesem Gefäß ist dann vermeintlich die Erkenntnis über den wahren Verlauf der Welt enthalten. Es ist fatal, und ein aus zentraleuropäischer Perspektive ernüchternder Gedanke, dass der »prozentuale« Wahrheitsgehalt von Analysen wie im Fall der Ukraine, Syriens oder Irans nicht entscheidend ist. Sondern die Tatsache, dass sich die Amerikaner aufgrund der eigenen

Größe und militärischen Überlegenheit einen solchen Standpunkt schlicht leisten können. Und dass dieser Standpunkt im Trump-Lager, aber auch bei vielen Demokraten, auf Zustimmung stößt. Ein punktuelles Eingreifen in der Welt, dort, wo die eigenen Interessen bedroht sind, damit gehen die meisten Amerikaner nach wie vor konform. Die Zeiten dauerhaften Engagements sind hingegen vorbei. Die Supermacht legt sich gewissermaßen ein neues Portfolio zu, wie es der Politikwissenschaftler James Lindsay vom Council on Foreign Relations formuliert. Trump hatte dies mit untrüglicher Riecher schon im Wahlkampf 2016 erkannt. Im Gegensatz zu Hillary, welche die Brille der Außenministerin nie wirklich abnahm. Ein kostspieliger Fehler in einem Land, in dem – wie in Deutschland oder der Schweiz auch – Wahlen über Innenpolitik gewonnen werden.

Trumps erste – und womöglich einzige – Amtszeit ist beinahe abgelaufen, und noch immer tun sich selbst politische Verbündete schwer damit, seine Handlungen nachzuvollziehen. Zahllose Journalisten und Experten in den Denkfabriken Washingtons, New Yorks und Chicagos und in aller Welt versuchen tagtäglich, sich einen Reim auf den Präsidenten zu machen. Noch schwerer fällt die Erklärung für getroffene Entscheidungen, oder gar die Prognose dessen, was als Nächstes zu erwarten ist. Schon Trumps Wahlsieg war der Tag, »an dem das Umfragewesen zu Tode kam«, so bekam man es auf den Straßen der US-Hauptstadt zu hören. Hatte doch selbst die renommierte *New York Times* noch am Morgen prophezeit, Hillary Clinton werde am Abend mit 85-prozentiger Wahrscheinlichkeit Präsidentin sein. Dann der Schock für die politische Community, die ihr Land lange Zeit für sehr berechenbar gehalten hatte. Allem Anschein nach reichte

das Schüren von Ressentiments tatsächlich aus, einen erklärten Antipolitiker bis ins höchste Staatsamt zu tragen, dessen ganzes »Politikprogramm« aus der flachen Parole bestand, »den Sumpf in Washington trockenzulegen«.

Trumps Kritiker haben für diese Einsicht sehr lange gebraucht. Mittlerweile, im Vorlauf zur Wahl im November 2020, haben sie hieraus ihre schärfste Waffe geschmiedet. Im Jahr 2016 allerdings ist nicht nur das moderate Amerika, sondern auch ein Großteil des konservativen und erzkonservativen Establishments schlicht erschüttert über diesen Pennywise der Politik. Wie der Clown aus Stephen Kings Horrorklassiker *Es* riecht Trump die Ängste der Menschen, und er lebt von ihnen. Linksliberale sind entsetzt (der Begriff »liberal« steht in den USA für ein nach hiesigem Dafürhalten eher sozialdemokratisches Politikverständnis). Selbst Trumps treueste Fans wirken zunächst überfordert. Noch am Vorwahltag hatten sie kaum Geld auf den letztlichen Triumph ihres Helden setzen wollen (in amerikanischen Wettbüros kann auf fast alles gewettet werden). Es schien beinahe, als sei Trump, der die Unberechenbarkeit zur Maxime gemacht hat, auch ihnen nicht immer geheuer.

Rückzug der Supermacht

Fünf Gründe sind entscheidend dafür, dass sich die Amerikaner auf Dauer aus der Welt im Allgemeinen und unserem Teil der Welt im Speziellen zurückziehen werden (unabhängig davon, wer ab Januar 2021 im Weißen Haus residiert).

Erstens ist diese Entwicklung nicht neu. Die Tradition des Isolationismus bildet den einen der beiden Stränge, die sich durch die Geschichte der Vereinigten Staaten ziehen. Der andere Strang ist der missionarische Drang Amerikas, die Welt an sich teilhaben zu lassen. Genauer: Das eigene Staatsmodell und die eigene Nation als globale Speerspitze der Demokratie und freien Marktwirtschaft zu sehen. Aus europäischer Warte erscheint der Missionar Amerika klar prominenter als der Eremit Amerika. Dies vor allem mit Blick auf das lange 20. Jahrhundert, also Amerikas Engagement in den beiden Weltkriegen, im Kalten Krieg und in der Phase nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion bis hin zu den Kriegen in Afghanistan, Irak und Libyen. Diese Einschätzung ist richtig, aber auf einen bestimmten zeitlichen wie räumlichen Korridor beschränkt. Und sie erzählt bei weitem nicht die ganze Geschichte. Schon gar nicht bei einer Nation von den Dimensionen Amerikas, die fähig ist, das Missionarische und das Eremitische zu vereinen. George Washington hatte sein Volk schon Ende des 18. Jahrhunderts vor außenpolitischen Verstrickungen (*foreign entanglements*) gewarnt. Auf den ersten folgte später der fünfte Präsident der USA, James Monroe, und die nach ihm benannte Monroe Doktrin gegen eine Einmischung der europäischen Kolonialmächte in Amerika – und umgekehrt. Über den siebten Präsidenten der USA Andrew Jackson – dessen Porträt Trump im Oval Office anbringen ließ – bis zur *America First*-Bewegung zwischen den Weltkriegen zieht sich das Motiv des amerikanischen Rückzugs auf sich selbst.

Diese Linie reißt bis zum heutigen Tag nicht ab. Vielmehr wächst ihre Attraktivität in den Augen der Bewohner eines Landes, das sich auch im Inneren massiv verändert. Mit anderen Worten: Selbst wenn wir aus US-Sicht als transatlantische Partner alles »richtig« machen

würden – und warum sollte dies unsere Leitlinie sein? –, gäbe es die über Jahrhunderte bestehende Tendenz der USA zum Isolationismus. Das macht es für Deutschland und Europa nicht leichter. Gefährlich wird es allerdings, wenn wir das Wesen dieses Isolationismus nicht durchschauen. Und uns nicht verdeutlichen, warum er gerade jetzt eine Renaissance erlebt. Mehr dazu im Kapitel »[Disneyland Amerika](#)« ab [Seite 43](#).

Der zweite Grund ist sehr viel jünger. Er ist im Verlauf der letzten zwanzig Jahre bedeutend geworden und hat mit dem gegenwärtigen Naturell der USA zu tun. Die Rolle und der Einfluss der Massenmedien auf den öffentlichen Meinungsbildungsprozess hat eine Dimension erreicht, die zur Jahrtausendwende nicht vorstellbar war. Ganz zu schweigen von den 60er- und frühen 70er-Jahren, also der Zeit, in der ein Großteil derjenigen geboren wurde, die heute den harten Kern der Trumpianer ausmachen. »Das Medium ist die Botschaft«, so hatte es 1962 der kanadische Medienphilosoph Marshall McLuhan ausgerufen. McLuhan war seinerzeit der Superstar seiner Zeit. Jenseits davon hielten ihn viele für einen Spinner, manche für einen Visionär. Sicher ist: Er hätte sich die enorme Diversifizierung und Öffnung der Medienlandschaft in den digitalen Raum hinein nicht vorstellen können. Für die nachfolgende Generation ist es schlicht die Welt, in der wir leben.

Das Dauerfeuer medialer Inszenierung lässt die Menschen nicht mehr zur Ruhe kommen. Beim für amerikanische Verhältnisse gemäßigten Nachrichtensender CNN ist beinahe alles *breaking news*. Dementsprechend fallen Aufmachung, Tempo und musikalische Untermalung zu den Meldungen des Tages aus. Im Vergleich zur Konkurrenz bei Fox News wirkt CNN beinahe bieder. Auch

ein Grund, warum Fox in den USA deutlich mehr Zuschauer hat – die ausschließlich Fox sehen, also ganz bewusst niemals CNN einschalten. So kommt es zum Tunnelblick auf Politik und Gesellschaft. Beide TV-Sender verblassen im Vergleich zur Reichweite der Talk Radios. Eine US-amerikanische Spezialität, wo größtenteils konservative Kommentatoren ununterbrochen ihre persönliche – und offen parteiische – Sicht auf das politische Geschehen feilbieten. Die *Rush Limbaugh Show* hat ca. 15 Millionen Zuhörer pro Woche. Limbaugh und seine Kollegen kennen ihr Publikum genau und beschallen es rund um die Uhr, inklusive der Werbeblöcke, die sie gleich miteinsprechen.

Schließlich sind in den letzten beiden Jahrzehnten Giganten auf dem Feld der Sozialen Medien herangewachsen, die kaum jemand auf der Rechnung hatte. Die Tech-Riesen Facebook, Amazon, Apple und Google (bzw. dessen Muttergesellschaft Alphabet) bewegen sich in einer eigenen Umlaufbahn, bislang scheinbar jenseits politischer Kontrolle. Doch nun wird dieser Tage ihre Rolle und Reichweite in den westlichen Demokratien kritisch durchleuchtet. Facebook-Gründer Mark Zuckerberg sah sich vor dem US-Kongress einer stundenlangen Befragung ausgesetzt, nicht zuletzt, weil es berechtigten Grund zur Annahme gibt, dass sein Imperium bei den Wahlen 2020 erneut mitentscheidend sein könnte. Dabei hat sich Facebook nie im demokratischen Prozess legitimiert. Es ist, wenn auch häufig so genutzt, keine Informationsplattform. Sondern ein gewinnorientiertes – und börsenorientiertes – Unternehmen. Zuckerbergs Koloss fährt im dritten Quartal 2019 über sechs Milliarden Dollar Gewinn ein. Die großen Vier der Digitalbranche bringen es 2018 auf gewaltige 640 Milliarden Dollar Umsatz. Zum Vergleich: Die Schweiz weist für dasselbe Jahr ein Bruttoinlandsprodukt von rund 700 Milliarden Dollar aus.

Der Einfluss sämtlicher dieser Foren auf ein Land im Dauerwahlkampf ist enorm. Plattformen wie Facebook, YouTube, Tumblr und Instagram versprechen Weltläufigkeit, schließlich sind Neuigkeiten von allen Ecken und Enden des Planeten in Echtzeit verfügbar. Neue und lange Zeit ungekannte Netzwerke grenzüberschreitender Reichweite wachsen rasant. Deren Auswirkungen auf den politischen Prozess sind derzeit noch nicht abschätzbar. Wie Zuckerberg erst unter massivem Druck der Kongressabgeordneten zugibt, nutzen auch demokratiefeindliche Kräfte digitale Foren als Megafon ihrer Botschaften. Facebook hat hier bisher nur Lippenbekenntnisse zu bieten, was deren Eindämmung betrifft. Und sieht offenbar (noch) keinen zwingenden Handlungsbedarf. Warum auch, könnte man fragen, wenn man etwa Zeuge wird, wie der greise Senator Orrin Hatch (mittlerweile aus dem Senat ausgeschieden) Zuckerberg fragt, wie dessen Geschäftsmodell sich ohne Gebühren überhaupt tragen könne. Ein Moment der Heiterkeit, der fehl am Platz ist, schließlich hat Facebook just zu diesem Zeitpunkt ein Datenleck von 87 Millionen Accounts zu verantworten, abgeerntet durch die Beraterfirma Cambridge Analytica, die nichts mit der Eliteuniversität Cambridge, aber einiges mit der passgenauen Modellierung politischer Kampagnen in den USA, Großbritannien und anderswo zu tun hat.

Dieser Dilettantismus der politischen Vertreter/-innen macht es denjenigen, die sie gewählt haben, leicht, sich abzuwenden. Die Institutionen der ältesten existierenden Demokratie der Welt versagen in erschreckendem Maße in ihrer Kontrollfunktion. Von einer moderierenden oder auch nur informierenden Rolle gegenüber dem Volk sind sie gegenwärtig ein ganzes Stück entfernt. Viel zu sehr ist man

mit der Fehde zwischen Weißem Haus und Kongress und der eigenen Wiederwahl beschäftigt. Ja, es gibt wichtige Ausnahmen. Da ist die junge Generation engagierter Volksvertreterinnen, die unerschrocken dafür kämpft, dass das moderne Amerika in all seiner Diversität endlich auch im Kongress ein Gesicht bekommt. Die einstige Barkeeperin puerto-ricanischer Herkunft aus der New Yorker Bronx, die offen zu ihrem sozialistischen Politikideal steht und das größte politische Talent ist, das die Demokraten seit Obama hervorgebracht haben. Die erste eingebürgerte Abgeordnete afrikanischer Herkunft, die muslimischen Glaubens ist, und die erste offen bisexuelle Amtsinhaberin, die vorübergehend in ihrem Leben obdachlos war. Alexandria Ocasio-Cortez, Ilhan Omar, Kyrsten Sinema. Sie alle müssen gegen starke Vorurteile in der Bevölkerung ankämpfen, die ihnen ihre Vorgänger, überwiegend weiße ältere Männer wie der bei seinem Abtritt 84-jährige Hatch, eingebrockt haben. Denn viele Amerikaner außerhalb des Washingtoner Gürtels gehen mittlerweile reichlich desillusioniert davon aus, dass sich dort eine korrupte Kaste aus Politikern, Politikberatern und Lobbyisten ihren Vorteil sichert.

Die Frage liegt nahe, ob wir in diesen Zuständen die eigene Zukunft sehen, wie sie uns mit der üblichen transatlantischen Verzögerung von 5-10 Jahren ins Haus stehen könnte. Eine nicht von der Hand zu weisende Gefahr. Der Wahlkampf 2020 bringt sie ans Licht. Wir sollten genau hinsehen, auch wenn einem dabei manches Mal die Augen schmerzen. Mehr dazu im Kapitel »[Wasserscheide](#)« ab [Seite 93](#).

Der dritte Grund, warum Amerika der Welt den Rücken zuwendet: Weil es kann. Die USA sind ein Land von der Größe eines Kontinents, mit der 27-fachen Fläche

Deutschlands. Im Osten und Westen schützen Ozeane gegen ungewollte Besucher, im Norden die menschenleeren Weiten der kanadischen Wälder. Mit ihrem riesigen Binnenmarkt kann sich die Nation selbst versorgen. Seit Neuestem ist man auch energieunabhängig: Es muss kein Öl mehr importiert werden. Vier von zehn Amerikanern verlassen die Vereinigten Staaten ihr ganzes Leben lang nicht, jeder zehnte Bewohner nicht einmal den Bundesstaat, in dem er geboren wurde. Dies klingt weniger abwegig als es zunächst scheint, wenn man sich klarmacht, dass Texas alleine größer ist als Frankreich, die Schweiz und die Benelux-Staaten zusammen. Der Luxus, in einem Land dieser Größenordnung zu leben, hat natürlich auch eine Kehrseite. Das Bedürfnis, sich mit der Welt »da draußen«, außerhalb der Landesgrenzen auszutauschen, sinkt. Erfahrungen mit »den anderen« gehen verloren. Das Eigene wird zum absoluten Maßstab – America First.

So gesehen gilt das alte Klischee vom *American Exceptionalism*, der Einzigartigkeit und Sonderstellung Amerikas, noch immer. Man will aber nicht mehr länger die leuchtende Stadt auf dem Hügel sein. Derart hatten sich die Gründerväter das junge Land einst vorgestellt. *The city upon a hill*, an der sich die Welt ein Beispiel nimmt. Und faktisch ist der Glanz tatsächlich vielerorts verblasst. Um die Großen Seen herum legt sich der *rust belt*, der Rostgürtel der alten Industriestaaten Pennsylvania, Ohio, Indiana und Michigan. Bis hinauf ins südliche Wisconsin erstreckt sich die schwer gebeutelte Region, früher das Herz der amerikanischen Stahl- und Fertigungsindustrie. Hier fühlen sich viele Menschen als Verlierer der globalisierten Arbeitsmärkte, überrumpelt von der Wucht der Digitalisierung und ihrem Schicksal überlassen von Washington D.C. Eine ganze Generation nimmt ihr Leben

als eine einzige Aneinanderreihung von Krisen wahr: die Terroranschläge vom 11. September 2001, die Immobilien- und Finanzkrise der Jahre 2007/08, die großen Fabriken geschlossen, grassierende Schmerzmittelsucht. Im Frühjahr 2020 dann eine Epidemie, die niemand hat kommen sehen, und die den Menschen brutal den Preis vor Augen führt, den ein auf Sand gebautes Gesundheitssystem im Ernstfall verlangt.

Aber - und das ist entscheidend - hier endet die Geschichte nicht. Auch in dieser Hinsicht ist Amerika außergewöhnlich. Das Land hat zwei gigantische Labore eingerichtet, wo zur Zukunft der Nation als Ganzes experimentiert wird. Texas und Kalifornien sind die beiden nach Einwohnerzahl und Fläche (sieht man von Alaska ab) größten Staaten der USA. Hier werden unterschiedliche gesellschaftspolitische Modelle wie wirtschaftliche Innovationen erprobt. Hier lässt sich ablesen, welchen Weg Amerika einschlagen könnte, wenn es um Einwanderung, Bildung und Gesundheitspolitik geht. Und das Selbstverständnis des Landes. Die Geschichte des Rostgürtels erinnert an die Geschichte des Ruhrgebiets. Doch wo ist unser Texas, unser Kalifornien? Unser Austin, unser Silicon Valley? Zentraleuropa sollte sich schleunigst ein Zukunftslabor bauen, schon um den Altlasten der Vergangenheit entgegenzuwirken. Wir altern beständig. Die Vereinigten Staaten sind die einzige westliche Industrienation, die jünger wird. Menschen aus aller Welt wollen dort ihr Glück versuchen. Das kommt nicht von ungefähr - und sollte uns zu denken geben. Mehr dazu im Kapitel »[Labore hinter verschlossenen Türen](#)« ab [Seite 163](#).

Es ist offensichtlich: Amerika ist auf absehbare Zeit mit sich selbst beschäftigt. Ebenso offensichtlich ist ein

weiterer - vierter - Grund für den Rückzug der USA auf sich selbst. Und doch wurde er von den Europäern und insbesondere den Deutschen lange allzu geflissentlich übersehen. Oder besser überhört. Im Sommer 2011 hält Obamas Verteidigungsminister Robert Gates eine flammende Rede in Brüssel. Das NATO-Engagement ihrer deklarierten Alliierten, der meisten europäischen Staaten und vor allem Deutschlands, ist den Amerikanern nicht genug. Erstere geloben Besserung, letztere warten ab. Neun Jahre später bestreiten die USA noch immer drei Viertel der Verteidigungsausgaben im Militärbündnis. Deutschland wendet 1.35 Prozent seines Staatsetats auf, zu den einst selbsterklärten 2 Prozent vom BIP kann man sich auf absehbare Zeit nicht durchringen. Das tut der Entrüstung keinen Abbruch, als Trump ein knappes Jahrzehnt nach Gates' eindringlicher Mahnung ein Preisschild an die Bündnispolitik hängt. Ähnlich groß sind die transatlantischen Verstimmungen beim Handel. Trumps radikale Absage an multilaterale Freihandelsabkommen verstört viele, die Jahre zuvor das Freihandelsabkommen TTIP als Zumutung empfanden. Obamas Deutschland-Botschafter John Emerson sagt mir am Rande einer TV-Diskussion, sein Präsident wolle mit TTIP das transatlantische Verhältnis ein Vierteljahrhundert nach dem Ende des Kalten Krieges auf eine neue Ebene heben. Wenig später gibt die US-Regierung entnervt auf. Zu diesem Zeitpunkt haben dreieinhalb Millionen Wallonen das Freihandelsabkommen CETA zwischen 500 Millionen Europäern und Kanada bereits über Monate ausgebremst. Das ist ihr gutes Recht, Entscheidungen wie jene bezüglich CETA werden in der EU einstimmig getroffen. Aber es kostet einen Preis. Ein amerikanisches Sprichwort lautet: You can't have your cake and eat it, too. Entweder ich genieße den Kuchen und esse ihn auf. Oder ich esse ihn

nicht, weil ich seinen Anblick genieße. Beides gleichzeitig geht nicht.

Meinungsverschiedenheiten mit den Bündnispartnern können teuer werden. Den höchsten Preis hat Amerika nach eigener Ansicht jedoch auf den Schlachtfeldern in Afghanistan, im Irak, in Libyen und in Syrien bezahlt. Die Hybris der Bush-Jahre ist vorüber. Niemand erwartet mehr, als Heilsbringer aus dem Westen empfangen zu werden. Bei ihren außenpolitischen Manövern hat sich die letzte Supermacht der Erde in diesem Jahrhundert einmal zu oft verhoben. In diesem Punkt hat sich die vermessene Weltsicht vieler Amerikaner der realistischen Einschätzung vieler Europäer über die Jahre angenähert. Die Zeit der Interventionisten ist vorbei, die Neokonservativen sind in der Versenkung verschwunden. Obama leitete den - rhetorisch elegant verpackten - Rückzug der USA aus diesem Teil der Welt ein, der im Amerikanischen Greater Middle East heißt. Die »konstruktive Entkoppelung«, so die Formulierung des 44. Präsidenten, führt sein Nachfolger Trump nun fort. Im Unterschied zu Obama lässt er keinen Zweifel daran, auf wen sich konstruktiv bezieht. Und wer den längeren Atem hat. Weshalb uns amerikanische Außenpolitik überlegen ist, erläutere ich im Kapitel »[Zwischen Jackpot und Trostpreis](#)« ab [Seite 193](#). Ob das zukünftig so bleibt, ist eine andere - und wichtige - Frage. Taugt das US-Modell für die Herausforderungen, die sich im 21. Jahrhundert auf dem Globus stellen? Daran wiederum schließt sich eine Frage an, die wir in Europa paradoxerweise zuerst klären sollten: Wenn das US-Modell nicht tragen sollte, welches Modell lassen wir uns dann rechtzeitig einfallen ...?

Der fünfte und letzte Grund für den Rückzug der USA widerspricht dem vierten Grund. So scheint es zunächst. Allerdings nur unter der Annahme, dass US-Außenpolitik nach wie vor vom Streben nach langfristigen Bindungen geprägt ist. Tatsächlich fahren die Amerikaner schon seit geraumer Zeit einen neuen Ansatz: transaktionale Politik. Das kurzfristige Ziel der Profitmaximierung im Auge, werden zeitlich begrenzte Abkommen geschlossen, gleich einer Geschäftsvereinbarung. Solange sie beiden Seiten nützt, hat sie Bestand. Ansonsten kann sie jederzeit aufgelöst werden. Sodann spricht nichts dagegen, mit der Konkurrenz des Geschäftspartners einen anderen Deal einzugehen. Oder auch Abkommen mit einem Gegenüber zu treffen, dessen Wertvorstellungen man ansonsten nicht teilt. Der Geschäftsmann an der Spitze der US-Regierung steht für dieses Gebaren wie niemand vor ihm; stilecht wurde schon so manches Geschäft der internationalen Beziehungen auf dem Golfplatz abgeschlossen. Moralisch angreifbar in ihrer Skrupellosigkeit, ist diese Herangehensweise zunächst einmal im uramerikanischen Sinne pragmatisch - und auch unter einem möglichen Präsidenten Biden durchaus wahrscheinlich. Ideologie spielt nur eine untergeordnete Rolle. Allenfalls besteht die Ideologie in der Unberechenbarkeit für die andere Seite. Die Ausnahme stellt das Leitmotiv »Amerika zuerst« dar, das immer gilt.

So betrachtet gibt es ein stimmiges Konzept der Amerikaner hinter ihrem Rückzug aus dem transatlantischen Raum, ihrer strategischen Abwertung des Nahen Ostens und ihrem gleichzeitig punktuell sehr entschiedenen Engagement z.B. im Fernen Osten. Entgegen aller Beteuerungen der Obama-Regierung gilt: Der Achsendreh der Amerikaner nach Asien bedeutet, dass